

Zeit für Entlastung?

Zeit für Sozialismus!



HIGHLIGHTS:

ENTLASTUNG & SOZIALPROTESTE S. 4

INNENPOLITIK IN NRW S. 10

EINE JUNGSOZIALISTISCHE ZEITENWENDE S. 12

DER NEUE LANDESVORSTAND: ZEIT FÜR SOZIALISMUS S. 15



INHALT

ENTLASTUNG

ZEIT FÜR SOLIDARITÄT UND ZUSAMMENHALT

Seite 04



INNENPOLITIK

LANDTAGSWAHL 2022

INNEN- UND SICHER- HEITSPOLITIK MEHR IN DEN FOKUS NEHMEN

Seite 10



DEMONSTRIEREN

WHOSE STREETS? OUR STREETS!

Seite 06



ZEITENWENDE

EINE JUNGSOZIALISTISCHE ZEITENWENDE

Seite 12



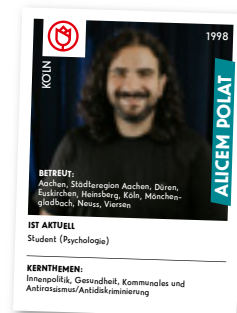
PARLAMENT

EINE UNTER 35 - GASTBEITRAG ANTONIA HILLBERG (MDL)

Seite 20

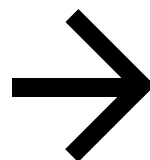
UNSER NEUER LANDES- VORSTAND

Seite 16



LAVO

KÖLN
1998
ALICEM POLAT
BETRIFT: Aachen, Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Köln, Mönchengladbach, Neuss, Viersen
IST AKTUELL Student (Psychologie)
KERNTHEMEN: Innenpolitik, Gesundheit, Kommunales und Antirassismus/Antidiskriminierung



GEDENKEN

DEUTSCHES ERINNERN UND GEDENKEN - FÜR WEN?

Seite 19



ENTLASTUNG

GASTBEITRAG LENA TESCHLADE NRW NICHT IM STICH LASSEN

&



ANDREAS JANSEN SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE!

Seite 8 u. 9

LIEBE NRW JUSOS,

endlich, die Durststrecke ist vorbei und ihr haltet wieder unser geliebtes Verbandsmagazin in den Händen. Mit neuem Team als Landesvorstand wollen wir uns mit euch hier auch weiterhin auf die brennendsten Themen einstimmen, wichtige politische Kämpfe austragen (wie etwa ob BeReal das große Grauen oder die neue Form des Austausches ist, auf die wir alle so lange gewartet haben) sowie verdeutlichen, was uns als NRW Jusos ausmacht: der unerbittliche gemeinsame Kampf für unsere Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Und deshalb überrascht es euch sicher nicht, dass uns momentan vor allem die sozialen Härten umtreiben. Vom dritten Entlastungspaket, das lange auf sich warten ließ, über ein Bürger*innengeld jenseits von Hartz IV, das CDU und CSU blockieren, bis zur Gaspreisbremse, die wohl viel zu spät kommen wird. Die Themen gehen uns nicht aus und uns ist klar: Es stimmt, dass die Krise alle trifft, aber eben nicht alle gleich. Deshalb stellen wir die Notwendigkeit für unseren Kampf unter Beweis, wenn wir gerade jetzt betonen: Es ist Zeit, um Armut effektiv zu bekämpfen und es ist Zeit auszudifferenzieren, wer Entlastungen jetzt am schnellsten benötigt und in welcher Form.

Denn anders als Konservative wollen wir nicht Armutsbetroffene und Beschäftigte des Niedriglohnsektors gegeneinander ausspielen, wenn wir etwa für das Bürger*innengeld streiten. Anders als Liberale, die auch im Angesicht von existenziellen Geldsorgen von Millionen von Menschen in diesem Land noch vom Leistungsversprechen schwadronieren, wollen wir das Gesundheitsrisiko Armut angehen und deshalb Forderungen im Rahmen von Bildungsgerechtigkeit formulieren. Und schließlich erkennen wir, anders als Faschos und Ewiggestrige, dass besonders BIPOC und Menschen mit Migrationsgeschichte überdurchschnittlich von den finanziellen Härten belastet werden und fordern zum Beispiel den Einbezug von Asylbewerber*innen in die Entlastungspakete.

Fest steht: Unser Kampf ist kein Selbstzweck. Als Jusos stehen wir an der Seite derer, die von unserem System übersehen oder unterdrückt werden. Deshalb stellen wir über all unsere Überlegungen und Bemühungen die Erkenntnis, dass dieses kapitalistische System von uns überwunden werden muss. Heute, morgen und immerfort lautet unsere Antwort: Es ist Zeit für Sozialismus! Und auch wenn die Schritte, bis wir dieses große Ziel errungen haben, manchmal sehr klein wirken, wir bleiben dran. Ob auf dem Bundeskongress in Oberhausen, der Demonstration zum heißen Herbst in deinem UB oder KV, im Landtag mit unseren Juso MdLs, oder mit unseren Bündnispartner*innen: Wir bleiben standhaft und stehen zusammen, denn diesen Job nimmt uns niemand ab!

Eure
Nina

Nina Gaedike

Landesvorsitzende der NRW Jusos



ZEIT FÜR SOLIDARITÄT UND ZUSAMMENHALT

In einer Zeit, die von multiplen Krisen geprägt ist und in der Menschen um ihre Existenz bangen, muss die Relevanz linker Politik größer werden. Während junge Menschen unseres Verbandes eigenständig versuchen mit den Problemen der Zeit klarzukommen, sehen wir uns als Jusos auch immer in der Verantwortung, notwendige Lösungen für die gesamte Gesellschaft zu erarbeiten. Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg, Energiekrise, Inflation, Klimakrise, Sexismus, Rassismus und Armut: Krisen und gesellschaftliche Verwerfungen prägen unsere Zeit. Deswegen müssen wir Solidarität und Zusammenhalt neu organisieren!

JUNGE MENSCHEN STEHEN BESONDERS UNTER DRUCK

Seit Beginn der Corona-Krise leiden junge Menschen unter den Folgen von Isolation und ungewisser Zukunft. Ihre mentale Gesundheit wird drastisch in Mitleidenschaft gezogen. Angesichts von Inflation und steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten sind insbesondere junge Menschen, die gerade in einer Phase des Lebens stehen, in der Entscheidungen erwartet werden, die das restliche Leben beeinflussen können, von Ängsten und Zweifeln betroffen. Der kapitalistische Leistungsdruck, dem viele Schüler*innen, Auszubildende und Student*innen ausgesetzt sind, wirkt.

DIE KRISE HAT SYSTEM

Preissteigerungen, Energiekrise und Inflation führen dazu, dass für viele Menschen der Grundbedarf zur Lebensführung nicht mehr leistbar wird. Die Verantwortung trägt dabei das System des Kapitalismus, denn die Systemlogik führt dazu, dass heute in erster Linie armutsbetroffene, prekär lebende, arbeitende sowie diskriminierungsbetroffene Menschen leiden. Der Kapitalismus ist nicht nur anfällig für Krisensituationen, sondern erzeugt sie selbst, denn erst durch die Privatisierung von Gütern der Daseinsvorsorge konnte die aktuelle Bedrohung der Existenzgrundlage vieler Menschen entstehen. Auf dem diesjährigen Bundeskongress haben wir Jusos einige Forderungen beschlossen, um

Menschen in der Krise effektiv und kurzfristig zu helfen und zu entlasten.

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE – FÜR ENTLASTUNGEN, DIE ANKOMMEN:

MOBILITÄT

Für uns Jusos bleibt das Ziel der fahrscheinlose ÖPNV, denn das 49€-Ticket kann keine zufriedenstellende Lösung sein. Kurzfristig braucht es das 9€-Ticket zurück und den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen und Armutsbetroffene. Auch der Fernverkehr muss günstiger und in Teilen kostenlos werden.

STUDIERENDE & AUSZUBILDENDE

Auch diese Gruppen müssen durch die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung adressiert und mitbedacht werden. Die Mindestausbildungsvergütung muss auf 750€ im ersten Ausbildungsjahr steigen, das BAföG muss grundlegend reformiert werden.

ENTLASTUNGEN FÜR ALLE

Es braucht die progressiv ausgestaltete Winterhilfe in Form einer Einmalzahlung, um in erster Linie diejenigen akut zu unterstützen, die es am dringendsten benötigen. Um die Lebensmittelpreise schnellstmöglich zu senken, soll die Umsatzsteuer auf Lebensmittel entfallen. Der Gaspreisdeckel soll so ausgestaltet werden, dass insbesondere Menschen mit geringerem Einkommen profitieren, indem von einem bestimmten Sockelverbrauch



bis hin zum überdurchschnittlichen Verbrauch der Preis gestaffelt wird.

BÜRGER*INNENGELD

Herzstück aller Entlastungsmaßnahmen und dauerhaftes Bollwerk gegen soziale Härten hätte das Bürger*innengeld sein können. Nur mit einer Abkehr vom erdrückenden Hartz-IV-System kann ein neues soziales Sicherungssystem, jenseits von Stigmatisierung, Einschüchterung und Sanktionen entstehen. Auch wenn das Bürger*innengeld der Ampelregierung uns bei weitem nicht genügt und wir uns klar für eine Erhöhung des Regelsatzes auf 678€ einsetzen, liegt in diesem Ansatz der Wendepunkt für eine krisensichere Zukunft für viele, bis in die Mitte der Gesellschaft. Umso beschämender und perfider ist das politische Agieren der CDU/CSU in Bundestag und Bundesrat. Mit dem Festhalten an der alten Sanktionslogik des Förderns und Forderns werden Arbeitslosigkeit und Armut nicht nur weiterhin als selbstverschuldet abgetan. Vielmehr betreibt die Union hier pure Machtpolitik auf dem Rücken einer durch Krisen erschütterten Bevölkerung. Der Kompromiss, durch den das Bürger*innengeld nun ohne Sanktionsfreiheit und mit bleibenden Einschränkungen beim Selbstbehalt von Ersparnissen zum 1. Januar 2023 in Kraft treten soll, ist das Ergebnis dieser verantwortungslosen Politik von Merz, Söder, Wüst und Co. Wir stellen uns auch weiterhin gegen alle Versuche, die Existenzgrundlage von Menschen zum Spielball zu machen!

GEFLÜCHTETE

Eine Menschengruppe, die die Entlastungen der Bundesregierung bisher in weiten Teilen außer Acht lassen, sind Geflüchtete. Obwohl diese Menschen besonders hart unter den Folgen der aktuellen Krisen zu leiden haben und steigende Preise und gesellschaftliche Unsicherheiten sie mindestens genauso stark treffen, wie alle anderen, kommen die aktuellen Maßnahmen ihnen nicht zugute. Dieser Umstand muss sich schnellstmöglich ändern: Die Regelsätze für Geflüchtete müssen denen

der Sozialhilfe angeglichen werden, Einmalzahlungen müssen sie gleichermaßen erreichen, Sanktionierungen nach dem Asylbewerber*innenleistungsgesetz darf es nicht mehr geben und Asylbewerber*innen müssen arbeiten und Ausbildungsplätze antreten können. Entgegen den Äußerungen einiger Politiker*innen setzen wir Jungsozialist*innen uns weiter dafür ein, dass das Recht auf ein Leben in Würde jedem Menschen garantiert sein sollte. Denn – und das sagen wir auch in Richtung Nancy Faeser – kein Mensch ist illegal!

WER GEMEINWOHL FÜR ALLE WILL, MUSS UMVERTEILEN!

Nicht zuletzt ist aus jungsozialistischer Perspektive die Frage nach Umverteilung in unserer Gesellschaft essenziell. Während Menschen durch die aktuellen Krisen in existenzielle Nöte geraten und die Entlastungen bei weitem nicht reichen, profitieren die Reichsten immer weiter durch die Krise. Während 10% die Hälfte des Vermögens in Deutschland besitzen und ihr Geld stetig vermehren, haben die ökonomisch Schwachen überhaupt kein Vermögen und müssen sich immer weiter verschulden. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen und fordern die einmalige Vermögensabgabe, sowie eine Übergewinnsteuer für insbesondere in Krisenzeiten erwirtschafteten Gewinne. Alle Juso-Forderungen für eine menschenwürdige Politik in der Krise findet ihr im Beschlussbuch des Bundeskongresses 2022 unter dem Titel „Solidarisch. Komme was wolle.“

Unsere Beschlüsse auf dem Bundeskongress müssen nun auf alle Ebenen der Partei gebracht werden, damit sie auch wirklich irgendwann umgesetzt werden können. Dazu kann jede*r Einzelne von uns beitragen. Aber auch in unseren Bildungsveranstaltungen und bei Kundgebungen und Demonstrationen vor der Tür können alle ihren Teil zu einer menschenwürdigen Politik und Entlastung leisten.

HIER FINDET IHR DAS
BESCHLUSSBUCH DES
JUSO-BUNDESKONGRESSES 2022:



Für Alicem Polat (24) ist jetzt nicht der Moment, um kleine Plätzchen zu backen. Stattdessen ist es Zeit, die ganze Weihnachtsbäckerei auseinanderzunehmen!



WHOSE STREETS? OUR STREETS!

Rechte versuchen, die Krise für sich zu nutzen. Mit bundesweiten Protesten wollen sie unter dem Deckmantel des sozialen Wohls in der breiten Gesellschaft Fuß fassen. Wir zeigen, wie ihr euch dagegen organisieren und selbst für Entlastungen demonstrieren könnt!

„Wir schaffen das kranke System ab, denn sonst schafft es uns!“ – das könnte zunächst auch von Gewerkschaften oder linken Gruppen kommen. Dieser kämpferische Slogan ist jedoch auf Mobilisierungsmaterialien von Gruppen wie der „APO Düsseldorf“, „NRW Erwacht“ oder „Bergisches Erwachen“ aufgetaucht, allesamt Gruppierungen, die ganz klar dem verschwörungsideologischen und rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind. Ihr Ziel ist recht einfach: legitimen Protest gegen Inflation, Energiekrise und das kapitalistische System vereinnahmen. Menschen aus bürgerlichen Milieus sollen mit unverfänglichen Sprüchen und Werbematerial mobilisiert werden – eine Taktik, die die AfD schon länger verfolgt und vor allem im Osten erfolgreich in Proteste gegen die Krise integriert.

Dabei wird ein bunter Mix an Themen vorgestellt. Es geht meistens um die Öffnung von Nord Stream 2, den Erhalt des Bargelds, Frieden mit Russland, Abrüstung, Pandemieleugnung, „Deep State“-Theorien und alle anderen Verschwörungserzählungen, die insbesondere seit 2020 immer beliebter

wurden. Die Essenz dieser Proteste ist die Haltung gegen das „Establishment“, denn Schuld haben stets „die da oben“. Mit diesem einfältigen und gefährlichen Feindbild mobilisieren die Rechten für ihre Demos zum Teil tausende Menschen.

Umso wichtiger ist jetzt unser Einsatz! Das bedeutet nämlich nicht, dass linke Themensetzungen kein Gehör finden. Die Kampagne „Genug ist Genug“ zeigt, wie ein erfolgreicher Sozialprotest aussehen kann: Dezentral, mit konkreten linken Forderungen, vielen Bündnispartner*innen und einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung. Dass wir Jusos mit am Start sind, versteht sich von selbst!

Schließlich sind unsere jungsozialistischen Visionen in diesem Moment gefragter als je zuvor. Seit dem 9-Euro Ticket haben die allermeisten gemerkt, was kostengünstige Mobilität für die Gesellschaft bedeutet. Das reicht uns natürlich noch lange nicht! Umverteilung, Vergesellschaftung und echte soziale Absicherung sind spätestens jetzt Themen, die in der Öffentlichkeit angekommen sind.



Kundgebung oder Versammlung organisieren leicht gemacht: hier findet ihr die zentralen Rechte und Pflichten der Versammlungsleitung sowie weitere Orga-Tipps.

Maxi Lykissas (23) war schon auf der ein oder anderen Demo und hat immer ein paar Müsliriegel am Start.



Lisa Fürst (26) kann das neue Versammlungsgesetz in NRW nicht empfehlen, dafür aber den Zwiebel-Look für Demos in der kalten Jahreszeit.



Zeit, diese Forderungen auch lautstark auf die Straßen zu tragen! Neben den Protesten von Bündnissen wie „Genug ist Genug“ könnt ihr aber auch selbst mit eurem Unterbezirk oder Kreisverband Kundgebungen und (für Fortgeschrittene) Demos organisieren. Mit unseren praktischen Tipps & Tricks seid ihr dabei bestens vorbereitet. Dann heißt es wieder: Whose streets? Our streets!

BILDET BANDEN!

Schneller als gedacht könnt ihr euch bei einer Demo aus den Augen verlieren. Vor allem bei dynamischen Situationen oder einer großen Menschenmenge sind Bezugsgruppen daher wichtig. Sucht euch ein paar Genoss*innen, sprecht euch ab und gebt eurer Gruppe einen Namen. Hier könnt ihr eurer Kreativität freien Lauf lassen!

SEID SOLIDARISCH!

Parteifahren sind gerade bei Demos mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung nicht immer gern gesehen. Nehmt also Rücksicht und fragt vorher bei den Organisator*innen nach, ob ihr die Juso- bzw. SPD-Flaggen lieber zuhause lassen solltet. Zu einem solidarischen Miteinander gehört auch, das Recht auf Anonymität der Mitdemonstrierenden zu wahren. Macht also nur Fotos, wenn ihr euch sicher seid, dass niemand drauf zu erkennen ist, der*die nicht vorher eingewilligt hat. Ihr merkt erst im Nachhinein, dass Personen auf eurem Foto erkennbar sind, wollt das Bild aber unbedingt hochladen? Nutzt die Möglichkeit, Gesichter nachträglich zu verpixeln!

WAS SOLLTE ICH MITNEHMEN?

Bei der Vorbereitung sollte euch klar sein, was ihr zur Demo mitnehmen dürft und was nicht. Im Zweifel fragt ihr bei den Organisator*innen, welche Hilfsmittel angemeldet worden sind. Ihr wollt mit euren Statements auffallen? Dann schnappt euch Pappen und Bettlaken und bastelt Schilder und Transparente!

Nicht Hafermilch und Quark, Solidarität macht stark! Aber Demo-Tage können auch lang sein. Packt euch daher ausreichend Verpflegung ein. Müsliriegel und Wasser könnt ihr gut in eurer Gruppe aufteilen. Gegenstände wie Glasflaschen oder auch Regenschirme solltet ihr übrigens eher nicht bei euch führen

– meist sieht die Polizei sowas ungern. Seit der Einführung des neuen Versammlungsgesetzes für NRW solltet ihr außerdem vorsichtig bei gemeinsamen Verkleidungen sein. So richtig wissen CDU und FDP (bzw. nun CDU und Grüne) wahrscheinlich immer noch nicht, was unter das neue „Einschüchterungsverbot“ eigentlich fallen sollte.

FALLS ES ERNST WIRD:

Es kann immer zu Situationen kommen, in denen ihr mit der Polizei zu tun habt. Oft gibt es Ermittlungsausschuss-Nummern (EA-Nummern), die ihr für solche Momente entweder im Handy speichern oder aufschreiben solltet – beispielsweise auf dem Unterarm. In einer Notfallsituationen erreicht ihr hier Menschen, die in rechtlichen Fragen weiterhelfen können. An dynamische Situationen erinnert ihr euch im Nachhinein nicht mehr so klar wie kurz nach dem Geschehen. Um euch und andere im Ernstfall abzusichern, solltet ihr unmittelbar nach der Demo ein Gedächtnisprotokoll schreiben. Orientiert euch dabei an den W-Fragen: Wer, Was, Wann, Wo und Wie?

NICHT NUR FÜR DEMOS GILT: ORGANIZE!

Antifa ist 365 Tage im Jahr! Deine Jusos vor Ort sind immer eine gute Anlaufstelle für An-

tifa-Arbeit. Außerdem kannst du dich über antifaschistische Bündnisse in deiner Stadt informieren und schauen, wie ihr dort als Jusos mitwirken und mobilisieren könnt. Wie das am besten geht, erfährst du bei den antifaschistischen Vernetzungstreffen der NRW Jusos!

WIE ORGANISIERE ICH SELBST EINE KUNDGEBUNG ODER VERSAMMLUNG?

Du solltest deine Kundgebung/Versammlung mindestens 48 Stunden vor ihrem Beginn bei der örtlichen Versammlungsbehörde anzeigen. Versammelt ihr euch anlässlich aktueller Geschehnisse, dann könnt ihr eine „Eilversammlung“ bilden, bei der die Anmeldung noch später erfolgen kann. Wenn auch das zu knapp wird, ist euer letzter Strohhalm die „Spontanversammlung“. Hier entfällt die Anzeigepflicht, sofern die Versammlung sich augenblicklich aufgrund eines aktuellen Anlasses bildet. Als Versammlungsleitung müsst ihr stets Ordner*innen organisieren, die bei der Durchführung der Versammlung helfen. Allgemein gilt: Fragt bei Personen mit Orga-Erfahrung nach und lasst euch unter die Arme greifen!



WIR DÜRFEN DIE MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN NICHT IM STICH LASSEN!



EIN GASTBEITRAG VON LENA TESCHLADE

Lena (34) vertritt als Juso-Landtagsabgeordnete den Wahlkreis 16 (Köln IV) im Landtag! Als Sozialarbeiterin und Sprecherin für Arbeit & Soziales hat sie dabei besonders junge und armutsbetroffene Menschen im Blick!

Wir dürfen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht im Stich lassen! Nur gemeinsam und solidarisch können wir die Folgen der Energiekrise stemmen. Die Bundesregierung hat Verantwortung übernommen und drei umfangreiche Entlastungspakete/Abwehrschirme in Höhe von insgesamt 295 Mrd. € beschlossen. Die Landesregierung NRW hat sich lange weggeduckt und keine eigenen Hilfen im Land beschlossen. Im September haben wir einen Schutzschirm für die sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen gefordert. Im November hat Ministerpräsident Wüst endlich bekanntgegeben, die Menschen in NRW zu unterstützen, aber keinen konkreten Plan präsentiert, wie das passieren soll.

Die Menschen brauchen aber jetzt konkrete Unterstützung. Sie brauchen die Sicherheit, dass es zu keinen Gas- und Stromsperrern aufgrund der hohen Energiepreise kommen wird. Sie brauchen die Sicherheit, dass sie ihre Wohnung nicht verlieren werden, wenn die Belastungen zu hoch werden. Und Menschen brauchen Sicherheit, wenn sie plötzlich in Arbeitslosigkeit geraten. Das Bürgergeld ist ein geeignetes Instrument, um diese Sicherheit zu schaffen. Höhere Regelsätze sollen Betroffenen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Wir begegnen Menschen, die oft auch unverschuldet in eine missliche Lage geraten sind, mit Respekt und zwingen sie nicht mehr dazu ihr mühsam Ersparnis aufzubrauchen. Doch die CDU hat das Bürgergeld zunächst blockiert, MP Hendrik Wüst hat sich für NRW im Bundesrat enthalten, die Grünen trugen diese Blockadehaltung mit. Im Vermittlungsausschuss hat die CDU das Schonvermögen verringert und die Vertrauenszeit gestrichen. Damit zeigt die CDU ihr großes Misstrauen gegenüber Menschen, die auf das Bürgergeld angewiesen sind. Insgesamt sind wir als SPD aber froh die größte Sozialstaatsreform seit 20 Jahren umzusetzen. Und wir werden dranbleiben und für weitere Verbesserungen kämpfen.

Statt das Bürgergeld zu unterstützen, hat die Landesregierung, federführend durch Minister Laumann (CDU), ein eigenes Konzept vorgestellt. Es plant die Verstetigung der Tafeln. Eine moderne Sozialpolitik darf aber nicht das Ziel haben, dass Menschen auf die kostenlosen Lebensmittel der Tafeln angewiesen sind. Eine moderne Sozialpolitik sorgt dafür, dass Menschen durch eigenes Handeln in die Lage versetzt werden für sich selbst und die eigene Familie zu sorgen. Eine Unterstützung der Tafeln in der aktuellen Krisensituation halten wir für richtig, Aufgaben der Sozialpolitik jedoch dauerhaft auf zivile Träger abzuschieben für grundfalsch.

Wirtschaftlich stehen wir vor großen Herausforderungen. Für eine erfolgreiche Transformation der Arbeitswelt brauchen wir Fachkräfte. Dafür muss die Attraktivität der Ausbildung steigen, beispielsweise durch passende Wohn- und Mobilitätsangebote. Wir wissen, dass jährlich mehr als 100.000 junge Menschen das Risiko haben, ohne Berufsabschluss zu bleiben, weil der Übergang von Schule in die Ausbildung nicht gelingt. Dabei ist völlig unklar, welche Konzepte die Landesregierung verfolgt, um diese Menschen zu erreichen.

Die vielschichtigen Krisen der letzten Jahre haben besonders Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen belastet, während reiche Menschen immer mehr Vermögen anhäufen konnten. Immer mehr Menschen haben Abstiegsängste und die soziale Ungleichheit steigt. Deshalb werden wir als SPD-Landtagsfraktion und ich als sozialpolitische Sprecherin eigene Konzepte vorlegen und die Landesregierung immer wieder an ihre soziale Verantwortung erinnern.

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE – UNSER BEITRAG FÜR EINE GERECHTE LÖSUNG

SOLIDARITÄT AUS DER PERSPEKTIVE DER GEWERKSCHAFTSJUGEND

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Weltwirtschaft aus den Fugen geworfen. Steigende Energie- und Strompreise, eine ungeahnte Inflation bei Produkten des täglichen Bedarfs und eine steigende Unsicherheit in allen Teilen der Bevölkerung. Das alles ausgelöst durch imperiales Gehabe, welches wir in Europa für vergessen gehalten haben. Für uns Gewerkschaften ist klar: volle Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung! Die Lehre der deutschen Geschichte muss sein, Kriegsverbrechen zu verhindern und für Freiheit und Demokratie einzustehen. Auch indem wir militärische Mittel bereitstellen und die Bundeswehr auf diese neue Situation ausrichten.

Dabei darf niemals der soziale Konsens unserer Gesellschaft aus dem Blick verloren werden. Deutschland hat das Glück, nach Jahrzehnten ausgezeichneter wirtschaftlicher Entwicklungen und trotz Corona die wirtschaftliche Kraft zu haben, beides zu leisten: außenpolitische Verantwortung zu übernehmen und gleichzeitig die Krisenauswirkungen sozial zu bekämpfen.

Die Gewerkschaften stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten. Wir sind der einzige Akteur, der in allen relevanten Bereichen aktiv ist. Wir sind politisch vernetzt und kämpfen mit unseren Bündnispartner*innen für die nötigen Reformen. Mit unserer Mitgliedschaft von über 5 Millionen Menschen sind wir Seismograf und erkennen soziale Verwerfungen schnell. Und über unsere Mitbestimmung im Betrieb und unsere Tarifarbeit haben wir Einfluss in der Wirtschaft.

IGBCE und IG Metall haben vor kurzem Tarifabschlüsse für die 4,6 Millionen Beschäftigten der chemischen Industrie sowie für die Metall- und Elektroindustrie erstritten. Durch eine Kombination von Einmalzahlungen und dauerhaften Entgelterhöhungen konnten spürbare Entlastungen erkämpft werden. In beiden Abschlüssen werden 3000€ steuerfrei an die Beschäftigten ausgeschüttet, dies entlastet besonders die unteren Entgeltgruppen – das ist gelebte gewerkschaftliche Solidarität. Gleichzeitig gibt es jeweils in zwei Stufen insgesamt 6,5% in der Chemie und 8,5% in der M+E Branche an Erhöhung – so kann der Kaufkraftverlust dauerhaft bekämpft werden. Ein großer Erfolg.

Und auch Verdi streitet für die 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen um eine Erhöhung von 10,5%, mindestens aber 500€. Da hier die Politik als Arbeitgeber fungiert, erwarten wir besonders da, wo die SPD in Verantwortung ist, das Versprechen von Respekt in der Arbeitswelt schnell und konkret umzusetzen. Das sind nur einige Beispiele, wo wir konkret für Entlastung sorgen.

Doch auch politische Rahmenbedingungen müssen angepasst werden: Neben den bisherigen Entlastungen brauchen wir ein Kündigungsmoratorium für Mieter*innen, eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung, weitere finanzielle Entlastungen gerade für kleine Einkommen und einen Schutzschirm für die Industrie und deren Transformation. Wir brauchen eine Entschuldung der Kommunen, damit diese in den Krisen handlungsfähig bleiben kann – und natürlich auch einen starken öffentlichen Dienst.

Mit Blick auf die Landesregierung in NRW stellen wir fest: „Wenn es um Entlastungen und wichtige Sozialreformen (Bürgergeld) geht, blockiert diese Landesregierung. Das darf nicht so weitergehen! Arme gegen die Ärmsten mit Hilfe von Fake News gegeneinander auszuspielen ist schäbig und vergiftet den politischen Diskurs.“

Diese Krise können wir gemeinsam überwinden, wenn wir zusammenstehen. Gemeinsam! Noch nie waren Einkommen so ungleich verteilt. Wir brauchen endlich eine gerechte Besteuerung von hohen Vermögen und Einkommen und eine solidarische Abgabe der Reichsten in dieser Gesellschaft.

Denn gemeinsam schaffen wir es durch die Krise, wenn alle sich beteiligen. Wir stehen bereit.



Andreas Jansen ist Abteilungsleiter Jugend und Demokratie beim DGB NRW sowie Vorsitzender der DGB-Jugend in NRW. Und hat eine klare Vorstellung davon, wie wir solidarisch durch die Krise kommen!



INNEN- UND SICHERHEITSPOLITIK MEHR IN DEN FOKUS NEHMEN

SCHWARZ-GRÜN AUF DIE FINGER SCHAUEN

TRIGGERWARNUNG: POLIZEIGEWALT

Mit dem Einzug der Grünen in die Landesregierung versprach man sich einen kleinen „wind of change“ in der Ausrichtung der Innen- und Sicherheitspolitik in NRW. Mit Blick in den Koalitionsvertrag verblasste die Hoffnung – und wieder stehen wir vor dem großen Problem der Fortführung repressiver Politiken à la Reul. Das aktuelle Versagen in der Aufklärung der neuesten Fälle rassistischer und diskriminierender Polizeigewalt, die immer wieder tödlich endete, macht deutlich, dass wir weiterhin unsere jungsozialistischen Visionen einer progressiven Innen- und Sicherheitspolitik in die Landespolitik tragen müssen. Sie stehen aber nur für eine Säule des Versagens in Fragen der Innen- und Sicherheitspolitik, denn es ist enorm wichtig, das politische Themenfeld größer zu denken und zu sehen.

SCHWARZ-GRÜNE INNEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER NÄCHSTEN JAHRE: MEHR BEFUGNISSE STATT SCHUTZ

„Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht vom Staat, dass er für ihre Sicherheit sorgt – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Identität und anderer Merkmale.“ – so steht es im Koalitionsvertrag. Der Status quo ist aber ein anderer, denn der Staat sorgt nicht für die Sicherheit aller, er bettet den Sicherheitsbegriff in eine rassistische Denklogik ein – in der die Gefahr eklatant überproportional von migrantisierten und rassifizierten Menschen ausgeht. Diese Denk- und Handlungslogik lässt sich beispielsweise in der Prioritätensetzung der Landesregierung sehen. Es ist erst einmal löblich, dass man eine „grundrechtsorientierte Sicherheitspolitik“ anstreben möchte. Dafür bräuchte es aber eben auch einen intensiven Blick in die Sicherheits-

apparate und eine tiefgründigere Analyse, wer innerhalb der Sicherheitsapparate antidemokratische, rassistische, antifeministische und in Gänze menschenfeindliche Tendenzen in die Praxis der Sicherheitsbehörden bringt.

Ein solcher „Blick in oder auf die Sicherheitsapparate“ sollte keine – wie es die Landesregierung vorsieht – Erweiterung der Eingriffsbefugnisse für Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden sowie sich daraus ergebende Handlungsmöglichkeiten sein. Vielmehr muss es eine Neudefinierung des Sicherheitsbegriffs geben sowie eine Beschränkung der derzeitigen Eingriffsbefugnisse. Denn antidemokratische Kräfte innerhalb des Polizeiapparats profitieren durch weitere Eingriffsbefugnisse und können diese dazu nutzen, ihre menschenfeindlichen Gedanken in eine Praxis zu überführen.

Was hat die Landesregierung also vor, um antidemokratische Kräfte in Sicherheitsbehörden zu bekämpfen? Zum einen steht im Mittelpunkt, die Handlungsempfehlungen, die aus der Stabstelle für „Rechtsextremistische Tendenzen“ entsprungen sind, umzusetzen und die Entwicklung niedrigschwelliger Meldewege innerhalb der Polizei NRW voranzutreiben. Das scheint auf den ersten Blick loblich zu sein, ist allerdings in Anbetracht struktureller Problemkontexte nicht ausreichend. Der Bericht der Stabstelle aus 2021 nennt 18 Handlungsempfehlungen. Einige davon betreffen den Aus- und Weiterbildungsbereich und setzen auf eine Sensibilisierung im Rahmen von Ausbildungsmodulen. Viel zu wenige Antworten und Handlungsempfehlungen werden im schwerwiegenden Kontext aufkommender Fälle der letzten Jahre gesehen. Die Sicherstellung von Melde- und Schutzmechanismen wird somit zu wenig behandelt. Eine unabhängige Polizeibeauftragte, die gekoppelt an den Landtag agieren soll, ist für die Gesamtheit der strukturellen Problemkontexte nicht ausreichend und zu sehr nach innen gerichtet. Dabei bleibt ungeklärt, wie beispielsweise von Polizeigewalt Betroffene geschützt und beraten werden können.

FORTFUHRUNG DER IGNORANZ - SCHWARZ-GRÜN NIMMT STRUKTURELLES POLIZEIPROBLEM NICHT ERNST

Der Fall „Mouhamed D. aus Dortmund“ macht deutlich, wie essenziell es ist, sich mit dem strukturellen Polizeiproblem in NRW auseinanderzusetzen und dies nicht auf minimale Handlungsmöglichkeiten herunterzubrechen. Mouhamed Lamine Dramé war erst 16 Jahre jung, seine Familie und er waren erst vor kurzer Zeit aus dem Senegal nach Deutschland geflohen. Am 08.08.2022 wurde er in einer Dortmunder Jugendeinrichtung von der

Polizei erschossen. 11 Polizisten konnten keine deeskalierenden Maßnahmen anwenden und schossen Mouhamed mit fünf Kugeln aus einer Maschinenpistole nieder. Nachdem Mouhamed von der Polizei erschossen wurde, war es Innenminister Reul wichtiger, die Polizei vor Dämonisierungen zu schützen, anstatt eine ernsthafte Aufklärung auf den Weg zu bringen. Im Rahmen weiterer Untersuchungen bestärkt sich der Verdacht der drastischen Unverhältnismäßigkeit des Einsatzes. Neuste Erkenntnisse legen offen, dass die Beamten vor den Schüssen auf Mouhamed einen Taser eingesetzt haben und damit gegen eine Dienstvorschrift verstoßen haben. Der Einsatz des Tasers macht deutlich, dass weitere Einsatzbefugnisse ein fataler Schritt sind, denn sie können tödlich enden.

WIR BILDEN DAS KORREKTIV - WEIL INNEN- UND SICHERHEITSPOLITIK MIT UNS ANDERS GEHT

Auf unserer letzten Landeskonferenz haben wir unser umfangreiches Arbeitsprogramm beschlossen und damit auch unseren neuen Themenschwerpunkt zu Innen- und Sicherheitspolitik. Als Jungsozialist*innen in NRW haben wir konkrete Vorstellungen, wie wir Innen- und Sicherheitspolitik progressiver gestalten können. Wir brauchen eine Neudefinierung des Sicherheitsbegriffs, der alle in NRW lebenden Menschen miteinschließt, und vor allem auch das Thema Asyl- und Migration als Querschnittsthema stärker mitdenkt. Der Schutz vor repressiven Rechtsgrundlagen, wie dem neuen Versammlungsgesetz, oder rassistischen und diskriminierenden Praktiken bei Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden muss somit innenpolitische Priorität werden.

UNSERE VISIONEN:

- » Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen
- » Unabhängige Beschwerdestellen für Betroffene von Polizeigewalt
- » Etablierung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes
- » Eine humane Asyl- und Migrationspolitik – weg mit Landesaufnahmeeinrichtungen und hin zur dezentralen Unterbringung von Schutzsuchenden
- » Landesaufnahmeprogramme für Schutzsuchende
- » Abschiebehaft abschaffen



Audrey Dilangu (27) lädt dazu ein, gemeinsam in den nächsten Jahren als NRW Jusos im Schwerpunkt „Progressive Innen- und Sicherheitspolitik“ zu arbeiten. Für diese Arbeit und diesen Kampf braucht es den ganzen Verband!

EINE JUNGSOZIALISTISCHE ZEITENWENDE

UNSERE ANTWORTEN AUF AUTOKRATIE, KRIEG UND LEID

Eine der großen Diskussionen auf dem vergangenen Bundeskongress widmete sich der „Zeitenwende“. In einem umfassenden Antrag arbeiteten wir heraus, wie wir in Zeiten von Autokratie und Krieg den Kampf um Demokratie und Menschenrechte unterstützen und voranbringen wollen. Gelingen ist uns eine weitreichende Beschlusslage, die neue Standards setzt in unserer außenpolitischen Positionierung und zeitgleich auch das vom Kanzler so oft zitierte Narrativ der „Zeitenwende“ mit einem jungsozialistischen Anstrich versieht.

Unbeeindruckt von diversen öffentlichen Briefen von Parteigenoss*innen und Entgleisungen, die von Uneinsichtigkeit der eigenen Fehler der Vergangenheit bis hin zur Reproduktion russischer Propaganda reichen, ist uns als Verband sofort eines klar geworden: Der Angriff Putins und des Kremls auf den souveränen Staat Ukraine kann niemals als legitim anerkannt werden. Die bereits dokumentierten Kriegsverbrechen verlangen von uns eine klare Haltung: Solidarität mit dem ukrainischen Freiheitskampf! Dass mit diesem Kampf gegen Diktatur und Menschenverachtung eben auch das Recht der Ukraine auf Verteidigung einher geht, ist ein Aspekt der Zeitenwende, den wir Jusos vollends unterstützen wollen. Auch deshalb war es an der Zeit, unsere eigenen Beschlusslagen auf Bundesebene auszudifferenzieren.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden wurde ein Sonderprojekt auf Bundesebene einberufen. Unter dem Einbezug aller Landesverbände und Bezirke diskutierten so Genoss*innen aus dem gesamten Bundesgebiet ein Wochenende lang die Frage, wie eine jungsozialistische Zeitenwende genau aussieht. Klar war dabei von Beginn an, was unsere Bundesvorsitzende Jessica schon in der Debatte um das Sondervermögen verdeutlicht hat: Es geht mitnichten um eine stumpfe

Erhöhung von Militärausgaben, sondern um die Frage, wie Internationalismus jenseits von Abhängigkeiten von Autokratien und mit dem Schutz von Menschenrechten und einem Leben in Freiheit und Selbstbestimmung gewährleistet werden kann. Gemeinsam formulierten wir schließlich einen neuen Sicherheitsbegriff, der unsere weitere Arbeit strukturierte.

UNSER NEUER SICHERHEITSBEGRIFF

Um unserem eigenen Anspruch gerecht zu werden, stellen wir für unser Verständnis einer Zeitenwende einen neuen Sicherheitsbegriff voran, der an unseren Grundwerten orientiert ist. Im Angesicht von Profitinteressen des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden, Dominanzen in Form von militärischer Gewalt, postkolonialen sowie patriarchalen Machtstrukturen, nationalem Getümmel und dem Vormarsch von Autokratie und Faschismus kämpfen wir unerschrocken weiter für eine Welt, die unsere ist: Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Für unsere Zeitenwende heißt dies, dass wir über den alleinigen Fokus auf das Militärische hinausblicken wollen, und die Zivilgesellschaft und emanzipatorische Kämpfe in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.

ZEITENWENDE IN DER WEHRHAFTIGKEIT

Bewaffnete Auseinandersetzungen und Krieg sind Teil dieser Welt. Im Gegensatz zum pazifistischen Ansatz ist unser Verständnis einer Zeitenwende antimilitaristisch. Das bedeutet, dass wir Aufrüstung und Krieg immer kritisch gegenüberstehen, zeitgleich jedoch anerkennen, dass Waffen (etwa im Fall des ukrainischen Kampfes um Freiheit) auch zivilgesellschaftliche Freiheiten und Demokratie verteidigen. Deshalb formulieren wir Bedingungen, unter denen wir Waffenlieferungen als legitim erachten, wissen wir doch auf Grund unserer feministischen Überzeugung, dass besonders die Sicherheitsinteressen von FINTA gefährdet sind, wenn Autokratie und Diktatur siegen.

Konkret bedeutet unser Bekenntnis zu einer jungsozialistischen Auffassung von Wehrhaftigkeit deshalb unter anderem folgende Forderungen:

- Breite Investitionen in eine resiliente Gesellschaft, weshalb wir erneut unsere Forderung zur Abschaffung der Schuldenbremse wiederholen
- Ein effizienteres Beschaffungswesen, sowie eine Reform der Bundeswehr, besonders im Hinblick auf Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Sexismus.
- Langfristig die Einführung einer europäischen Armee und damit die Ersetzung aller nationalen Armeen
- Eine Übergewinnsteuer auf Rüstungskonzerne, sowie final die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie

ZEITENWENDE IN DER HANDELPOLITIK

Da wir wissen, dass unser Anspruch an die europäische Union nicht nur in Hinblick auf unsere Forderung einer europäischen Parlamentsarmee noch weit entfernt von der Realität ist, erarbeiten wir innerhalb unserer Definition einer Zeitenwende auch eine internationalistische Handelspolitik, die außerhalb von eurozentristischem Gehabe funktioniert. So erkennen wir an, dass Handelsbeziehungen als potentiell stabilisierender

Faktor für Demokratieentwicklung dienen können, aber eben nicht, wenn Autokratie vorherrscht.

Für unsere sozialistische und damit wertebasierte Handelspolitik formulieren wir daher unter anderem diese Forderungen:

- Die Diversifizierung von Lieferant*innen und Lieferketten
- Die Freigabe von Patenten
- Die Ablehnung von Freihandels- und Investitionsabkommen mit ökonomisch schwächeren Ländern
- Ausgeglichene Leistungsbilanzen (vereinfacht gesagt: als Volkswirtschaft wertmäßig so viele Waren und Dienstleistungen importieren wie exportieren)

ZEITENWENDE FÜR GLOBALE SOLIDARITÄT

Zusammenarbeit auf Augenhöhe soll auch unser Maßstab für eine globale Solidarität statt einer so genannten Entwicklungspolitik sein. Denn wir wissen: FINTA und BIPoC profitieren nur unterdurchschnittlich von Kapitalakkumulationen und sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Unsere Forderungen in diesem Bereich zielen deshalb vor allem darauf ab, postkoloniale und damit rassistische Strukturen auf dem internationalen Parkett zu bekämpfen.

Unsere Zeitenwende sieht deshalb unter anderem folgende Forderungen vor:

- Die Erhöhung des Budgets für die so genannte Entwicklungszusammenarbeit
- Umfassende Schuldenerlasse durch die Gläubiger*innen des Globalen Nordens
- Die Ablehnung der momentanen Zinspolitik sowie
- Der Aufbau einer globalen Reservewährung, also Leitwährung, die als Standard-Wechsel für den internationalen Handel gilt



Den Beitrag verfasst hat unser „Team Zeitenwende“: **Nina Gaedike** (federführend) sowie **Alicem Polat**, **Nadia Miri** und **Sarah Mohamed!**

WEISST DU, WAS RAP IST?

RAP WAR SCHON IMMER POLITISCH!

Rap als Kunst und Widerstandsform existiert bereits seit Jahrzehnten – in der Gesellschaft angekommen und als Mittel der Systemkritik wird er aber erst seit den 70er Jahren wahrgenommen. Ab 1973 wurde Rap durch die Universal Zulu Nation, einer Hip-Hop Organisation, – gegründet von Schwarzen Menschen – bekannt. In ihren Texten geht es um das Leben in Segregation, gezeichnet von Armut, Perspektivlosigkeit und daraus resultierender Kriminalität. Die Texte, die oft vom Ausbrechen aus diesen Lebenszuständen handeln, dienten der Polarisierung und Politisierung, mit dem Ziel der Kollektivierung und Wissensweitergabe an Betroffene. Mit der Entstehung neuer Zweige im Laufe der 80er Jahre wurde Rap teils aggressiver, aber auch sexistisch und FINTA-feindlich. Der Politisierungscharakter schwächte ab. Ende der 90er Jahre begann eine neue Phase der Politisierung. Das Rap-Game professionalisierte sich, wurde diverser, internationaler und spitze in seiner Systemanalyse.

Auch in Deutschland formierte sich eine politische Rap-Szene. Mit ihr rückten gesell-

schaftspolitische Themen in den öffentlichen Diskurs. Beispielsweise sind hier die Brothers Keepers zu nennen, ein Zusammenschluss afrodeutscher Rapper, die mit „Adriano (letzte Warnung)“ passende Worte auf die rassistische Ermordung von Alberto Adriano fanden. Rap ist also ein Instrument der Systemkritik und Motor der Definitionsfindung, mit ihm finden marginalisierte Gruppen eine Sprache für das, was ihnen systemisch und gesellschaftlich widerfährt. Rap ist aber auch von patriarchalen Mustern geprägt und wird vor allem von Cis-Männern dominiert.

ICH MAG MEINEN RAP FEMINISTISCH UND INTERSEKTIONAL

„Findest Feminismus lustig, weil du's nicht so siehst, doch wenn ich Max heißen würdest, würdest du mich mehr verdienen – sag mir was ist fair?“ Im Deutschrapp sind Ikonen wie Nura nicht mehr wegzudenken. Mit der Diversifizierung der Rap-Szene kamen mehr FINTA ins Rap-Game. Sie thematisieren emanzipatorische Kämpfe und die Verschränkung von Diskriminierungsformen gegenüber FINTA im Kapitalismus und Patriarchat.

„Warum hat denn niemand dieses Patriarchat zerbombt?“ Die Rapperin Sookee macht schon lange auf die feministische Bedeutung von Deutschrapp aufmerksam. Ihr geht es um reproduktive Rechte, Selbstbestimmung, Rassismus und Queerfeindlichkeit. Sie bildet zudem eine Antithese zum Girlboss-Narrativ, das sich in Bezug auf feministische Debatten im Rap in vielen Köpfen festgeschrieben hat. „Girlboss“ suggeriert die Einnahme der männerdominierten Welt – erkennt aber die tiefgehende strukturelle und systemische Verwurzelung patriarchaler Gewalt. Große Rap Labels profitieren hiervon und machen sich diesen performativen Feminismus zu Nutze. Wir brauchen also mehr FINTA, die den Takt im deutschen Rap-Game angeben und mit kritischen Texten feministische Debatten in gesellschaftliche Diskurse tragen.

HIER WAS AUF DIE OHREN:

SOOKEE – ZUSAMMENHÄNGE

NURA – FAIR

EBOW – FEUERZEUG



Audrey Dilangu (27) blickt auf die politischen Wurzeln des Raps – und kann deshalb auch nichts anfangen mit „Girlboss“-Artists oder Macker-Rap.

ZEIT FÜR SOZIALISMUS!

DIE LANDESKONFERENZ 2022 DER NRW JUSOS IN BONN - ZUSAMMENGEFASST:



LAKO IN DER ALTEN HAUPTSTADT: WILLKOMMEN IN BONN!

„Das ist Bonn und nicht Paris“ – so oder so ähnlich begrüßten die Jusos Bonn die Delegierten der diesjährigen 21. ordentlichen Landeskonzferenz der NRW Jusos!



WIR SAGEN DANKESCHÖN...

Herzlich dankten die Delegierten der Landeskonzferenz ihrem Landesvorsitzenden Konstantin Achinger sowie den weiteren scheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit.

STARKE ZWEI JAHRE - NRW JUSOS ENTLASTEN DEN ALTEN LANDESVORSTAND!

Bundestagswahlkampf, Landtagswahlkampf, Ampel-Schalten zu den Koalitionsverhandlungen, Bildungskampagne, neuer Look, Wirtschaftswoche, Einsatz für Versammlungsfreiheit, BIPOC-Empowerment, Neumitgliederseminare, Festival de Couleur, Antifa-Arbeit, Awareness-Strukturen aufbauen, Gedenkstättenfahrt, jede Menge Feminismus... und das alles während einer Pandemie!

Herzlich dankten die Delegierten der Landeskonzferenz ihrem Landesvorsitzenden Konstantin Achinger sowie den weiteren scheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit.

VON EUCH GEWÄHLT, FÜR EUCH AKTIV: DER NEUE LANDESVORSTAND

Ein neues Kapitel – so titelte die letzte Stadt.Land.Links. Mit Blick auf unseren Landesvorstand kommt das hin: nicht nur Nina Gaedike als unsere Vorsitzende, sondern 14 weitere Mitglieder, von denen zehn erstmalig in den Landesvorstand gewählt wurden.



„KEIN WEITER SO“ - UNSER ANTRAG ZUR ERNEUERUNG DER NRWSPD

Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen wird gebraucht. Wir wollen, dass das Herz der SPD in NRW wieder laut und hörbar schlägt. Und wir haben erarbeitet, wie das praktisch umsetzbar ist. Jetzt unseren Initiativantrag zur Erneuerung der NRWSPD im Beschlussbuch (S. 72-76) lesen

UNSER ARBEITSPROGRAMM - DER FAHRPLAN FÜR 2022- 2024

Zeit für Sozialismus – nicht nur Motto der Landeskonzferenz, sondern auch Titel des Arbeitsprogramms: Unser Fahrplan für die nächsten zwei Jahre. Was wir in den Schwerpunkten „Progressive Innen- und Sicherheitspolitik“ und „Gemeinwohl“ vorhaben, welche Bildungsangebote es geben wird und wie wir auf Landesebene künftig zusammenarbeiten, das erfahrt ihr alles hier im beschlossenen Arbeitsprogramm (siehe Beschlussbuch S. 2-16)

NOMINIERT UND NUN FÜR UNS IM BUNDESVORSTAND: SARAH MOHAMED



Auf der Landeskonzferenz nominiert, auf dem Bundeskongress im Oktober dann auch gewählt: Sarah Mohamed wird in Zukunft NRW im Bundesvorstand der Jusos vertreten. Mit tosendem Applaus wurde außerdem Almut Großmann verabschiedet, die in den letzten Jahren für uns NRW Jusos fantastische Arbeit auf Bundesebene geleistet hat!

INHALTE, INHALTE, INHALTE!

Neben den Wahlen und Nominierungen bleibt die inhaltliche Arbeit Herz unserer Landeskonzferenzen.

Initiativanträge haben wir beschlossen zu der Gasumlage und zur Aufklärung im Fall Mouhamed D. Juso-Beschlusslage auf Bundesebene sind nun sogar unsere Anträge zum Verbot der Grauen Wölfe sowie zur reproduktiven Selbstbestimmung! Und in ein Bundesprojekt eingeflossen ist unser NRW-Beschluss zu feministischer Außenpolitik!

Wie wir uns weiterhin inhaltlich neu aufgestellt haben, könnt ihr im Beschlussbuch der Landeskonzferenz nachlesen.

UNSER NEUER LANDESVORSTAND

BESSER ALS JEDES WM-PANINIALBUM



MÜNSTER

1997

NINA GAEDIKE
LANDESVORSITZENDE

BETREUT:
Als Landesvorsitzende: ganz NRW!

IST AKTUELL

Studentin im Master Gender Studies, sowie auf Lehramt mit den Fächern Sozialwissenschaften und Geschichte

KERNTHEMEN:

Der feministische Kampf, sowie Sozialpolitik und der Kampf gegen jeden Antisemitismus



KÖLN

1998

ALICEM POLAT

BETREUT:
Aachen, Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Köln, Mönchengladbach, Neuss, Viersen

IST AKTUELL

Student (Psychologie)

KERNTHEMEN:

Innenpolitik, Gesundheit, Kommunales und Antirassismus/Antidiskriminierung



WESEL

1995

AUDREY DILANGU

BETREUT:
Borken, Coesfeld, Kleve, Krefeld, Münster, Recklinghausen, Steinfurt, Warendorf, Wesel

IST AKTUELL

Masterstudentin (Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung) & studentische Mitarbeiterin

KERNTHEMEN:

Sozialpolitik, Antirassismus- und Antidiskriminierungspolitiken und Innen- und Sicherheitspolitik



SOLINGEN

1998

DILAN BUDAK

BETREUT:
Düsseldorf, Leverkusen, Mettmann, Remscheid, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Erft, Solingen, Oberbergischer Kreis, Wuppertal

IST AKTUELL

Operationstechnische Assistenz

KERNTHEMEN:

Antisemitismus, Antimuslimischer Rassismus, Kinder- und Jugendarmut



DORTMUND

1996

EVA BIELECKI

BETREUT:
Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Herne, Gelsenkirchen, Mülheim, Oberhausen, Unna

IST AKTUELL

Masterstudentin Musik & Geschichte auf Gymnasial- und Gesamtschullehramt, Nebenberuflich: Geigenlehrkraft

KERNTHEMEN:

Anti-Klassismus, Sozialpolitik, Intersektionaler Feminismus



BIELEFELD

1995

EVIN KINA

BETREUT:
Bielefeld, Gütersloh, Hamm, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn

IST AKTUELL

Studentin

KERNTHEMEN:

Antira/Antifa-Arbeit, der feministische Kampf, die Awareness-Arbeit und die Bündnisarbeit insbesondere mit Gewerkschaften



ESSEN

2001

JENSON GÖB

BETREUT:

Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Herne, Gelsenkirchen, Mülheim, Oberhausen, Unna

IST AKTUELL

Student der Sozial- und Medienwissenschaft

KERNTHEMEN:

Antidiskriminierungspolitik und Antifaschismus, innerverbandliche Mitglieder- und Bildungsarbeit sowie sozialistische Wirtschaftstransformation



DÜSSELDORF

2002

JOHANNA BØRGERMANN

BETREUT:

Düsseldorf, Leverkusen, Mettmann, Remscheid, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Erft, Solingen, Oberbergischer Kreis, Wuppertal

IST AKTUELL

Studentin (Politics, Philosophy and Economics)

KERNTHEMEN:

Bildungspolitik, Internationalismus und die intersektionale feministische Perspektive



KREIS KLEVE

2000

LEA BONGERS

BETREUT:

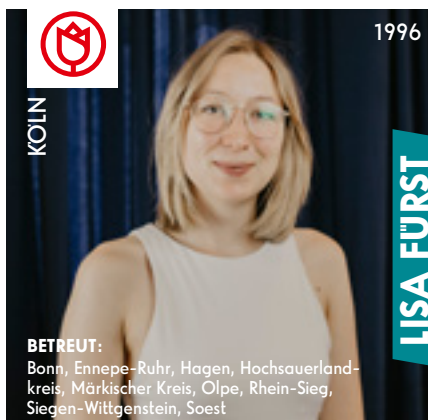
Borken, Coesfeld, Kleve, Krefeld, Münster, Recklinghausen, Steinfurt, Warendorf, Wesel

IST AKTUELL

Studentin (Stadtplanung)

KERNTHEMEN:

Kommunales und Inklusion



KÖLN

1996

LISA FÜRST

BETREUT:

Bonn, Ennepe-Ruhr, Hagen, Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Olpe, Rhein-Sieg, Siegen-Wittgenstein, Soest

IST AKTUELL

Wissenschaftliche Mitarbeiterin & Doktorandin (Rechtswissenschaften)

KERNTHEMEN:

Innen- & Digitalpolitik, Feminismus



DÜSSELDORF

1999

MAXIMILIAN LYKISSAS

BETREUT:

Düsseldorf, Leverkusen, Mettmann, Remscheid, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Erft, Solingen, Oberbergischer Kreis, Wuppertal

IST AKTUELL

Dualer Student Soziale Arbeit

KERNTHEMEN:

Antifaschismus, Sozialpolitik und Innenpolitik



HERFORD

1999

MAXIMILIAN REECK

BETREUT:

Bielefeld, Gütersloh, Hamm, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn

IST AKTUELL

Verwaltungsbeamter

KERNTHEMEN:

Kommunalpolitik, Verwaltungsorganisation und Bildungspolitik



SIEGEN-WITTGENSTEIN

1998

MOHAMMAD EIBO

BETREUT:

Bonn, Ennepe-Ruhr, Hagen, Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Olpe, Rhein-Sieg, Siegen-Wittgenstein, Soest

IST AKTUELL

Student (Bauingenieurwesen)

KERNTHEMEN:

Feminismus, Antirassismus, Bildungsgerechtigkeit und Umweltpolitik



AACHEN

1999

NADIA MIRI

BETREUT:

Aachen, Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Köln, Mönchengladbach, Neuss, Viersen

IST AKTUELL

Lehramtsstudentin für Sozialwissenschaft und Germanistik

KERNTHEMEN:

Antifaschismus, Innenpolitik, Sozialismus, Außenpolitik und Awarenessarbeit



SIEGEN-WITTGENSTEIN

2004

RASMUS CHAIKOWSKI

BETREUT:

Bonn, Ennepe-Ruhr, Hagen, Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Olpe, Rhein-Sieg, Siegen-Wittgenstein, Soest

IST AKTUELL

Student (Ökonomie-Nachhaltigkeit-Transformation)

KERNTHEMEN:

Die sozialökologische Transformation, Internationalismus und Wirtschaftspolitik

LEISTUNG VOR (PSYCHISCHER) GESUNDHEIT - DIE REALITÄT UNSERES SCHULSYSTEMS

Psychische Gesundheit an Schulen ist ein Tabuthema – es wird nicht im Unterricht behandelt und auch auf dem Schulhof findet es (meist) keinen Platz. Es ist kein Thema, obwohl während der Coronapandemie ein Drittel aller Schüler*innen psychische Auffälligkeiten zeigte. Obwohl zum Ende des ersten Lockdowns jede vierte junge Person im Alter von 16 bis 19 Jahren Symptome von Depressionen aufwies. Obwohl der psychische (Leistungs-)druck für Schüler*innen exorbitant stieg, weil Homeschooling oft für Lernlücken sorgte. Gerade für Schüler*innen aus prekären Verhältnissen war das Homeschooling kein Distanzlernen, denn funktionierendes Internet, mobile Endgeräte und eine geeignete Lernumgebung (wie etwa ein Zimmer zum Lernen für sich) waren und bleiben Privilegien.

Ungeachtet dieser Zahlen entschied sich die ehemalige NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer dafür, die Ergebnisse des Distanzlernens bei den einzelnen Schüler*innen bewerten zu lassen – trotz fehlender Vergleichbarkeit und der damit einhergehenden Ungerechtigkeit. Die Bewertung der Schü-

ler*innen war wichtiger als ihr Wohlergehen und ein Mindestmaß an Chancengerechtigkeit. Doch die Priorisierung von Leistung im Schulsystem ist nicht erst durch Corona entstanden: Vor Corona (und bis heute) sind kaum Schulpsycholog*innen eingestellt worden. Die Funktion der Schulpsycholog*innen, die in den Schulen arbeiten, ist auch weniger die Betreuung von psychischen Auffälligkeiten, sondern vor allem, Lernrückstände und Verhalten von Schüler*innen zu analysieren und unterstützend zu wirken. Niedrigschwellige Angebote für Schüler*innen zu psychischen Krankheiten und/oder Leistungsdruck sind aber beispielsweise nicht vorgesehen.

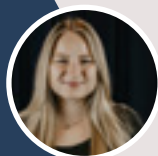
Für die 2,6 Millionen Schüler*innen in NRW waren 2021 464 Schulpsycholog*innen verantwortlich, damit kam ein*e Schulpsycholog*in auf 5603 Schüler*innen. Dass diese nicht ausreichen, weder um Lernrückständen unterstützend entgegenzuwirken noch um seelischen Beistand zu leisten, ist klar, wenn man sich die blanken Zahlen zu psychischen Auffälligkeiten und Krankheiten anschaut. Doch eine bloße Aufstockung von Personal

reicht nicht aus: es braucht jetzt eine Entschlackung der Lehrpläne, eine Abweichung von standardisierten Bewertungsbögen, niedrigschwellige Informationsveranstaltungen und die Erkenntnis, dass schulische Leistungen nicht vergleichbar sind. Unsere jungsozialistische Perspektive einer inklusiven Ganztags Gesamtschule schafft genau das durch kleinere Klassen, individuelle Förderung und eine viel engere Betreuung von Schüler*innen. Nur so kann Schule mehr sein als ein Ort des Leistungsdrucks. Nur so kann über psychische Gesundheit aufgeklärt werden, damit jede*r die Hilfe bekommt, die man verdient!

5.603

Schüler pro Schulpsycholog*in

Johanna Börgermann (20) hat sich jahrelang schulpolitisch engagiert und ist wütend, dass über Jahre hinweg gleichgültig weggeschaut wurde, während Schüler*innen Hilfe gefordert haben – damit muss jetzt Schluss sein.



DEUTSCHES ERINNERN UND GEDENKEN – FÜR WEN?

Heute ist der 9. November. (Bei euch ist heute schon Weihnachtszeit, aber als ich den Artikel schrieb, ist heute der 9. November.) Heute ist der 9. November und deutschlandweit finden Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen statt. Deutschlandweit sind Menschen unterwegs und putzen Stolpersteine. Deutschlandweit gibt es Veranstaltungen, zu denen Jüdinnen*Juden eingeladen werden um mit der Dominanzgesellschaft über die Shoah, Antisemitismus und Erinnern und Gedenken zu sprechen.

Am 9. November 1939, der Reichspogromnacht, wurden in Nazideutschland jüdische Geschäfte und Synagogen zerstört, Jüdinnen*Juden verhaftet, verprügelt und getötet. Der 9. November 1939 gilt als „Wendepunkt“ der Verfolgung der Jüdinnen*Juden durch Nazideutschland, die in der Shoah endete. Deswegen ist der 9. November ein wichtiger Gedenktag in Deutschland.

Das Bild, das die Deutschen von sich haben, wenn es um ihre Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit geht, ist eher positiv. Man ist der Überzeugung, dass Deutschland vorbildlich seine Vergangenheit aufgearbeitet habe und man ist vielleicht sogar stolz auf seine Erinnerungs- und Gedenkkultur. Diese Einstellung ist bemerkenswert, wenn man alleine schon bedenkt, dass man sich in der Geschichte der Bundesrepublik noch gar nicht so lange mit dem Nationalsozialismus und der Shoah beschäftigt. Darüber hinaus sollten wir uns bei deutscher Erinnerungs- und Gedenkkultur fragen: Für wen findet eigentlich das Erinnern und Gedenken statt?

Dass wir am 9. November Erinnern und Gedenken, Stolpersteine putzen, ist wichtig. Doch wenn Erinnern und Gedenken nur noch performativ ist, wenn es hauptsächlich dazu dient, dass uns Deutschen vergeben werden soll, ist es ein Problem.

Max Czollek (Autor, Publizist und Lyriker) spricht hier vom Versöhnungstheater. Er macht klar, Erinnerung ist nicht gleichbedeutend mit Versöhnung. 2020 fand anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz das 5. World Holocaust Forum in Yad Vashem mit Vertreter*innen Israels, der Siegermächte und Deutschlands statt. Dort sagte Bundespräsident Steinmeier: „Ich bin beseelt vom Geist der Versöhnung“. Wie können wir Deutschen nach den Grauen der Shoah ernsthaft überhaupt von der Möglichkeit der Versöhnung sprechen? Das darf nie die Erwartung an Erinnern und Gedenken sein.

Y. Michal Bodemann (deutsch-kanadischer Soziologe) sprach schon 1996 vom Gedächtnistheater. Er bezog sich damals auf die berühmte Rede Weizäckers (1985), der dort sagte, dass man durch Erinnerung Erlösung und Versöhnung schaffe. Bodemann warf den Deutschen vor, dass sie die toten Jüdinnen*Juden und ihre lebenden Repräsentant*innen benutzen, um sich als gutes und geläutertes Deutschland neu darstellen zu können. Das Problem: Erinnern und Gedenken findet in Deutschland hauptsächlich aus der Perspektive der Täter*innen statt.

Lasst uns deshalb deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur kritisch hinterfragen. Wir müssen in den Fokus rücken, worum es beim Erinnern gehen muss. Nämlich darum, dass sich die Geschichte nicht wiederholt und darum, einen Raum des Trauerns schaffen.

Und wir müssen akzeptieren (wie Czollek richtig sagt): es wird nie wieder alles gut.



Sarah Mohamed (30) hat keine Lust auf Theater – zumindest beim Erinnern und Gedenken. Vielmehr muss Erinnerungskultur immer wieder aufs Neue aufrütteln und zur Selbstkritik anregen!

EINE UNTER 35 MEIN WEG ALS 24-JÄHRIGE DIREKTKANDIDATIN IN DEN LANDTAG.

Mit **Antonia Hillberg (24)** haben wir NRW Jusos im Sommer noch gemeinsam Wahlkampf gemacht – und dann hat sie ihren Wahlkreis direkt geholt und ist als einzige Juso-Frau in den niedersächsischen Landtag eingezogen. Wow!

**DER FRAUENANTEIL IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG 2017-22? 27,5%.
DIE ANZAHL ABGEORDNETER UNTER 35 JAHREN: ZWEI.**

Als ich mich mit meinen 24 Jahren dazu entschied, für den Landtag zu kandidieren, war mir bewusst, dass ich als 24-jährige Frau nicht die durchschnittliche Landtagskandidatin, insbesondere nicht typische direkt gewählte Landtagsabgeordnete in Niedersachsen sein werde.

Um ehrlich zu sein, war es auch nicht von langer Hand geplant, für den Landtag zu kandidieren. Doch als ich Anfang dieses Jahres angesprochen wurde, ob ich nicht meinen Hut in den Ring – zunächst einmal um die parteiinterne Aufstellung als Hildesheimer Landtagskandidatin – werfen wolle, kam ich nach einigen Tagen Bedenkzeit zum Entschluss, anzutreten. Warum auch nicht? Das war zumindest mein Gedanke. Als Juso war es immer meine Absicht und mein Ziel, mehr junge Menschen in Verantwortung zu bekommen. Und jetzt bot sich mir die Chance, nachdem mein Vorgänger bei den Kommunalwahlen zum Landrat gewählt worden war.

Wo wir bei meinem Vorgänger sind: Seit 2013 wurde der Wahlkreis Hildesheim-Stadt ausschließlich von Bernds in den verschiedenen Parlamenten vertreten. Bernd Lynack, mein Vorgänger im Niedersächsischen Landtag, Bernd Westphal im Bundestag und Bernd Lange als Europaabgeordneter. Wenngleich alle drei Bernds gute Abgeordnete sind und gute Arbeit geleistet haben oder noch immer leisten, ist der Mangel an Diversität durchaus erkennbar.

Nach einer knappen parteiinternen Aufstellung (mit einer einzigen Delegiertenstimme Vorsprung) im März diesen Jahres ging die wilde Fahrt nun richtig los. Da ich weder meine Kandidatur noch mein Wahlkampfteam oder eine Kampagne langfristig im Voraus geplant hatte, musste sich alles schnell finden. Mit etwas Zurechtrückeln zu Beginn, vielen Lern- und Aha-Momenten

auf dem Weg und einer Menge Arbeit ging es in den Wahlkampf. Dabei hat sich um mich herum das beste Team gefunden, das ich mir hätte wünschen können. Wir hatten gute Ideen, waren so innovativ wie schlagkräftig und hatten dazu in unserer Zusammenarbeit noch eine Menge Spaß!

Mit der Landeslistenaufstellung im Mai ging nicht nur der Wahlkampf von der Planungsphase in die Umsetzungsphase über; mit Listenplatz 52 von 100 wurden auch klar: Direktmandat oder gar nichts. Es musste nun also die nächsten Monate gezeigt werden, dass nicht nur Niedersachsen bei der SPD in guten Händen ist, sondern auch Hildesheim bei mir.

Flyerverteilungen mit Seifenblasen auf dem Stadtfest, Schützenfest, Info-Stände bei jedem Wetter, Tür zu Tür in überraschend hügeligen Stadtteilen, Veranstaltungen und Diskussionen. Unzählige Plakate die aufgehängt wurden. Immer mit dabei waren na-

türlich auch die Jusos. Nicht nur die Hildesheimer und Jusos aus ganz Niedersachsen. Auch die NRW Jusos waren vor Ort – und das, obwohl Hildesheim jetzt auch nicht gerade nah an der Landesgrenze zu NRW liegt. In den letzten Tagen des Wahlkampfes hat der Besuch und Support nochmal alles bedeutet, die letzten Kraftreserven aktiviert und nochmal richtig Schub gebracht. Es hat gezeigt: Als junge Menschen haben wir die Kraft und die Leidenschaft, alles für Kampagnen zu geben, uns mit vollem Herzblut reinzustürzen und so gemeinsam Siege zu erringen.

In diesem Landtagswahlkampf bzw. in der Landespolitik insgesamt geht nicht nur darum, Sichtbarkeit für junge Menschen und auch Frauen zu schaffen. Es geht auch darum, eben meine persönliche Perspektive mit an den Tisch zu bringen. Die Perspektive einer jungen Frau, die ein gerechteres Niedersachsen möchte und für eine feministische Gesellschaft streitet. Die die großen Zukunftsfragen unserer Zeit mit beantworten will und nicht nur von der Seitenlinie zusehen möchte. Im Landtag darf ich nun zunächst schwerpunktmäßig meine Perspektive in den Ausschüssen Wissenschaft und Kultur, Justizvollzug und Straffälligenhilfe und Petitionen einbringen und meine Mitmenschen in Hildesheim als direkt gewählte Abgeordnete vertreten. Das wäre ohne die Jusos und die vielen Dinge, die ich im Verband lernen durfte, nicht möglich gewesen. Genauso wenig, wie diesen intensiven Wahlkampf ohne die Unterstützung der Jusos zu wuppen und zu gewinnen. In diesem Sinne: Freundschaft & Glück auf!

Nach der Wahl liegt der Frauenanteil im Landtag übrigens bei 34,25 % und es gibt 25 Abgeordnete bis 35 Jahre. Es bleibt also noch viel zu tun.



BEREAL

MÜSSEN WIR JETZT AUCH NOCH ECHT SEIN?

PRO CONTRA

BeReal. Ohne Filter. Ohne abgepasstes Timing oder den perfekten Winkel. Nur für dich und deine Freund*innen. Dieses Versprechen macht die neue Social-Media-App, die gerade total im Hype ist. Zwei Minuten hat man Zeit, um sich und was man gerade so macht, abzulichten. Wer länger als zwei Minuten braucht, kann nur noch ein „Be-Late“ posten und die App zeigt dir sogar an, wie oft ein*e User*in das eigene BeReal aufgenommen hat.

Diese Mechanismen sorgen dafür, dass jede*r real sein will – am besten nicht late und bei „erneut aufgenommen“ soll auch eine Null stehen. Das hat dazu geführt, dass ich den letzten Wochen das erste Mal chaotische Wohnungen, dreckige Küchen, ungünstige Kamerawinkel, mehr oder weniger gut geplante Umzüge und sogar Mittagsschlaf auf einer App sehen konnte. Es ist plötzlich cool, sich echt und unperfekt zu zeigen, denn wollen wir nicht alle „real“ sein? Vor allem, weil wir diese Seiten auf der App nur unter Freund*innen teilen können. Es ist wie ein digitaler safer space. BeReal erlaubt einer Generation, die mit einem kaputten, gesellschaftlichen Ideal aufgewachsen ist, mal nicht perfekt zu sein. Mal nicht 100 Fotos zu machen, um im Endeffekt das mit den wenigsten Makeln zu posten.

Klar, auch „BeReal“ zu sein schafft Druck, aber meiner Meinung nach zeigt diese App, dass Social Media auch anders funktionieren kann. Ein bisschen weniger fake, denn ⚠ es ist Zeit für ein BeReal ⚠

Die BeReal-Push-Benachrichtigung erwischt mich kalt. Abrupt beende ich das Gespräch mit meiner Kollegin. Schnell noch die letzten Krümel aus den Mundwinkeln wischen und den halb leeren Mensa-Teller fotografieren. Nicht ich, sondern BeReal hat entschieden, dass ich in diesem Moment ein Bild zu teilen habe. Darin liegt der entscheidende Unterschied zu Instagram, Twitter & Co. Im Gegensatz zu ihnen verspricht BeReal „Realness“. Schluss mit Filtern, Social Media-Konzepten und Selbstinszenierung! Stattdessen soll das Erlebte über die Außenkamera inklusive zeitgleichem Selfie ungeschönt, dafür aber authentisch präsentiert werden. Die Bilder der anderen sieht jedoch nur, wer selbst ein Foto von sich preisgibt – FOMO lässt grüßen.

Aber was befürchtet man da eigentlich zu verpassen? Die Soßenreste von Mensamenü 2 und mein müdes Gesicht? Es gab schließlich Gründe, warum das gerade nicht auf Social Media gelandet wäre. Jede coole Aktivität hingegen wird von der Befürchtung flankiert, die befreiende Push-Nachricht würde erst auf dem Heimweg kommen. Die beworbene Authentizität wird dadurch zu einem leeren Versprechen, dass auch noch Stunden nach der Aufforderung sogenannte „Lates“ hochgeladen werden können. Trotzdem nimmt die Zahl der Nutzer*innen zu – genauso wie die kritischen Berichte zum Datenschutz auf BeReal. Daten zur Lebensrealität der User*innen bei jeder Tages- und Nachtzeit lassen sich nämlich erstklassig verkaufen – surprise! Und last but not least: Wie nervig ist es eigentlich, ein Gespräch zu unterbrechen, nur weil ausgerechnet jetzt „Zeit für BeReal“ ist?



Johanna (20)

nutzt BeReal seit August diesen Jahres und war seitdem nur wenige Male „late“. Ihre Begeisterung für die App verbreitet sie ausdauernd und überall – egal, ob in der Uni oder auf Juso-Events.



Lisa (26)

geht gerne in die Mensa und hat einige Zeit BeReal genutzt. Jetzt ist sie nach eigenen Worten „ausgestiegen“.



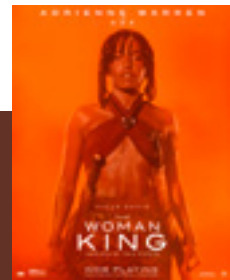
REZENSION KATZE: MUFF

Der politische Alltag ist mitunter anstrengend und nervenaufreibend. Da brauchen wir alle unseren Ruhepol und eine Gelegenheit zum Abschalten. Ob das Treffen mit lieben Freund*innen bei dem ein oder anderen Kaltgetränk, gute Musik oder auch das Soulfood: Wir alle haben unsere Strategien zum Runterkommen. Die wahrscheinlich unschlagbarste ist jedoch ganz klar eine schnurrende Katze auf dem Schoß. Wenn diese Katze dann auch noch das süßeste Vieh aller Zeiten ist, dann kann keine politische Diskussion zu anstrengend, keine Heimfahrt zu lange und kein Problem zu groß sein, als dass Muffs bloße Anwesenheit nicht Abhilfe schaffen könnte.

Muff besticht mit ihrem unvergleichlichen Charme und kann auch als Wecker gut herhalten, selbst wenn man total erschöpft von einem Verbandswochenende nachhause kommt: Denn pünktlich um 08:00 Uhr gibt es Frühstück, sonst gibt es Rabatz! Außerdem ist Muff natürlich eine politische Katze. Ihre Haltung besonders bei feministischen Themen ist eindeutig: Etwa Carearbeit wird eben noch viel zu häufig von FINTA übernommen, weiß Muff. Und deshalb setzt sie jeden Tag aufs neue ein Zeichen, wenn sie einfach auf dem Sofa sitzen bleibt, und wieder einmal nichts tut. Und auch ihr Blick auf den Sozialismus ist ein leidenschaftlicher. Die Kollektivierung von allem Essbaren, sowie des Wohnraumes, sind für Muff Grundsätze des täglichen Lebens. Faule Kompromisse kennt sie eben nicht und deshalb bleibt auch bei ihrer Bewertung keine andere Möglichkeit, als ihr die höchste Punktzahl anzuerkennen!



Nina (25) ist ein Arbeitstier – ganz im Gegensatz zu der First Cat unseres Juso-Landesverbands. An Muff können wir Jusos uns ein Beispiel nehmen, wenn es darum geht, laut für unsere Interessen (und die der jungen Generation) einzutreten!



REZENSION FILM: THE WOMAN KING

Im Kern geht es um die Geschichte der jungen Nawi (Thuso Mbedu), die mit den auferlegten Normen ihrer Welt brechen möchte. Nachdem sie sich den Bestrebungen ihrer Eltern widersetzt, einen heiratswilligen Mann zu finden, wird sie von ihrem Vater verstoßen und dem König von Dahomey geschenkt, um eine Agojie (Elitekriegerin) zu werden. Ab dem ersten Kontakt zu den anderen Agojie realisiert Nawi, dass sie nicht allein ist im Kampf gegen patriarchale Normen und dass Räume in ihrer Welt existieren, in denen die abgelehnten Normen keine Rolle spielen.

Die Bestrebungen gegen Unterdrückung münden darin, dass die Generalin der Agojie, Nancisca (Viola Davis), den König davon überzeugt, sich von Abhängigkeitsverhältnissen zu lösen und der Versklavung ein Ende zu setzen. Die Agojie sind es, die unabhängige Handelsgüter schaffen, Verhandlungen mit anderen Königreichen führen und letztlich den Kampf gegen die Versklavung ihres Volkes wagen.

Dieser Film widersetzt sich der Norm, dass die Geschichte der Menschheit immer aus der Perspektive des weißen Mannes erzählt wird. Er zeigt den unermüdlichen Kampf von Schwarzen Frauen gegen Unterdrückung, Versklavung und Rassismus. Er macht deutlich, welche Strukturen durch den Kolonialismus auferlegt wurden und bis heute fortbestehen. Letztendlich geht es diesem Film auch um die Repräsentanz einer Schwarzen Regisseurin und Schwarzer Schauspieler*innen, und somit um eine Perspektive, die der globale Norden ignoriert oder glaubt, ignorieren zu können.

Große Empfehlung diesen Film zu sehen, um von einer Mischung aus Historien- und Actionfilm (beruht auf Tatsachen, aber kein Anspruch auf 100%ige historische Korrektheit) ergriffen zu werden!



Alicem (24) aus unserem Landesvorstand rät euch, für diesen Film Sonnenblumenkerne und Çay bereitzuhalten!"

Impressum:

Herausgeber:

Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12,
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
Twitter: @nrwjusos
Instagram: @nrwjusos
Facebook: NRW Jusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:

Joris Niggemeier (V.i.S.d.P.), Johanna
Börgermann, Audrey Dilangu, Lisa
Fürst, Alicem Polat, Leander Bröcker
Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.500
Erscheint dreimal im Jahr

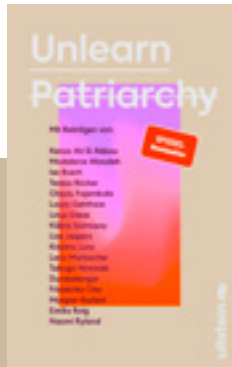
Bildnachweis:

Autor*innenbilder: Julia Meya; P2: Julia Meya; P3-4: jacoblund on iStock; P5: Kajetan Sumila on unsplash; P6: Philbo on unsplash; P7: ©NRWSPD; P8: Christopher Burns on unsplash & Andreas Jansen; P10-11: Mike Powell on unsplash; P12-13: dem10 on iStock; P14: Mike Von on unsplash; P16-17: Julia Meya; P18: Nadia Snopek on shutterstock; P19: Kadir Celep on unsplash; P20: Götz Schleier; P22: Sony Pictures Publicity; P23: BBC & Ullstein Buchverlag; Rückseite: samiola on iStock

GEFORDERT DURCH:

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen





REZENSION LITERATUR: UNLEARN PATRIARCHY

„Unlearn Patriarchy“ – das Patriarchat verlernen. Das verspricht der Titel dieses Buches voller Essays mit Impulsen für eine Welt ohne das Patriarchat.

15 Autorinnen beleuchten in ihren Beiträgen, wie das Patriarchat wirkt und wie tief es überall in der Gesellschaft, den Institutionen und unserem Leben verankert ist. Sie geben Impulse und Mut, diese Strukturen und Verhaltensmuster zu hinterfragen und verdeutlichen, dass der feministische Kampf ein intersektionaler sein muss. „Das Patriarchat erschuf den Rassismus, sie bedingen, bestärken und überlagern sich“ schreibt Olaolu Fajembola in ihrem Beitrag „unlearn rassismus“. Kristina Lunz beschreibt in ihrem Kapitel „unlearn politik“, wie und warum Entscheidungsträger*innen weltweit immer noch (meist) männlich und weiß sind. Wie schwer es für FINTA ist, diese geschichtliche und strukturelle männliche Dominanz zu durchbrechen. In anderen Beiträgen schauen die Autorinnen auf Liebe und das heteronormative Patriarchat, den Gender Data Gap, unsere (alltägliche) Sprache oder auch, wie Kapitalismus und das Patriarchat sich gegenseitig stützen.

„Unlearn Patriarchy“ vereint wichtige Perspektiven auf das weiße Patriarchat und ist DIE Lektüre, um die Intersektionalität des Patriarchats zu verstehen. Aber wenn wir über das Patriarchat sprechen, müssen wir auch über geschlechterspezifische Armut sprechen. 22,99€ für ein Buch ist viel Geld – Geld, das viele FINTA gerade in Zeiten sozialer Härten nicht haben.

Das Patriarchat verlernen. Ein hoher Anspruch für ein Buch mit knapp 300 Seiten, dachte ich vor dem Lesen – nach den 300 Seiten bin ich aber optimistisch, dass zumindest eine gute Anleitung und wichtige Impulse für unseren feministischen Kampf in diesem Buch stehen.



Johanna (20) Herzenthema war schon immer der intersektionale Feminismus – von allen Büchern, die sie in ihrem Bücherregal stehen hat, ist „Unlearn Patriarchy“ eines ihrer liebsten.



REZENSION SERIE:

BLACK EARTH RISING NETFLIX

Die Serie Black Earth Rising erweitert den Blick auf den Völkermord in Ruanda (1994), im Rahmen dessen Hutu-Milizen Millionen von Tutsi ermordeten. Im Mittelpunkt der Serie steht die Suche nach der Schuldfrage und der Gerichtsbarkeit der noch lebenden Verantwortlichen. Dabei spielen die Hauptdarstellerinnen Eve Ashby und ihre Adoptivtochter Kate eine entscheidende Rolle. Kate, die selbst Überlebende des Genozids ist, führt nach der Ermordung ihrer leiblichen Mutter zusammen mit der Menschenrechtsanwältin Eve den Kampf für eine internationale Aufklärung des Genozids voran. Sie bringt sich dabei selbst in Gefahr, lernt mehr über ihre Identität – als Schwarze Frau und Überlebende des Genozids – und über die internationalen Verstrickungen.

Vor allem die Auffächerung der internationalen Verstrickungen machen deutlich, welche Rolle europäische Staaten im Kontext des Genozids spielten und wie neokoloniale Strukturen bis heute in den afrikanischen Kontinent hineinwirken. Die Serie Black Earth Rising schafft es, erzählerisch und beispielhaft Problemkontexte des Völkermords zu rekonstruieren. Gleichzeitig gelingt es ihr aber nicht, sich von Narrativen zu lösen, die afrikanischen Staaten eine handlungsunfähige Rolle (Gerichtsbarkeit und Wahrheitsfindung) zuweisen. Damit zementiert die Serie westliche Dominanzansprüche und Kolonialitäten. Trotz dieser berechtigten Kritik bietet Black Earth Rising eine gute Einstiegsmöglichkeit, sich mit dem Genozid und der Fortführung der daraus resultierenden Konflikte auseinanderzusetzen.

Audrey (27) beschäftigt sich intensiv damit, wie in verschiedenen kulturellen Formaten (neo-)koloniale Kontinuitäten thematisiert und verhandelt werden. Höchste Zeit für einen Juso-Filmeabend?



ZEIT FÜR EINEN MAUSFLUG!

Wer unterwegs ist, erweitert seinen Horizont und muss zuhause nicht heizen. Wir zeigen euch, warum es auch im Winter viel zu schade ist, den Sonntag daheim zu verbringen. Denn diese (M)Ausflugsziele in NRW sind echte #travelgoals und die Fahrt mit der Regionalbahn ganz sicher wert.

**GESCHICHTSORT VILLA TEN
HOMPEL, MÜNSTER**
(ANTIFASCHISMUS & ERINNERN)

**JÜDISCHES MUSEUM
WESTFALEN, DORSTEN**
(JÜDISCHE GESCHICHTE UND
GEGENWART)

ZECHE ZOLLERN, DORTMUND
(INDUSTRIEKULTUR)

GASOMETER, OBERHAUSEN
(UMWELTSCHUTZ)

MUSEUM LUDWIG, KÖLN
(ANTI-KOLONIALISMUS)

BUNDESKUNSTHALLE, BONN
(TRANSFORMATION ARBEITSMARKT)



Hier könnt ihr mehr über die Ausflugsziele erfahren:

